

er glaube, daß der Staatsratsvorsitzende „mit seiner Erfahrung, seinem politischen Urteil und seinem Verständnis für die Eigenart der Kirche“ der wichtigste Gesprächspartner gewesen sei und auch noch sein werde. Das Gespräch des thüringischen Landesbischofs mit Honecker vom 3. März wurde dann kurzfristig anberaumt. Über die zweistündige Begegnung gab es *keine gemeinsame Mitteilung* der Gesprächspartner. In einer Meldung der Nachrichtenagentur ADN hieß es, es sei zu einem „konstruktiven, sachlichen und freimütigen Gedankenaustausch über die in der Gegenwart anstehenden Aufgaben“ gekommen. Daß jedenfalls von kirchlicher Seite freimütig und klar zur Sache gesprochen wurden, zeigt der vom Kirchenbund veröffentlichte Text der Ansprache von Landesbischof Leich beim Treffen mit dem Staatsratsvorsitzenden.

Leich bekannte sich zu den Grundsätzen des 6. März 1978, gleichzeitig machte er aber auf die Probleme aufmerksam, die gegenwärtig vielen DDR-Bürgern nicht nur in den Kirchen besonders auf den Nägeln brennen: Die Kriterien für Westreisen blieben im Dunkeln, häufig werde von der politischen Macht voreilig administriert: „Es beeinträchtigt das Klima des Vertrauens zwischen dem Staat und den Bürgern, wenn sie statt der erforderlichen Argumente lediglich die distanzierte Entscheidung der Macht erfahren und ihre Kritik sogleich als Ausdruck der Staatsfeindlichkeit gewertet wird.“ Als erwünschte Schritte nach vorne nannte der Kirchenbundvorsitzende u. a. eine Begründungspflicht in Antragsverfahren jeglicher Art, die Einführung eines zivilen Wehrersatzdienstes und eine deutliche Aussage über die Chancengleichheit aller Bürger im Bildungsbereich.

Das Grundanliegen der evangelischen Kirchenführung in der DDR wurde in der Ansprache von Landesbischof Leich ebenso deutlich wie in einer Bilanz der Entwicklung seit dem 6. März 1978, die der frühere Magdeburger Landesbischof *Werner Krusche* im Auftrag des Kirchenbundes ausar-

beitete: Die Kirche appelliert an den Staat, dem gewachsenen Selbstbewußtsein, dem Veränderungswillen in der DDR stärker Rechnung zu tragen, Freiräume für Kritik und eigenständiges Engagement zu öffnen, die es bislang nur in der Kirche gibt. Der Staat, so Krusche, werde in Zukunft mit der Existenz kritischer Gruppen rechnen müssen und er werde um der Bewältigung der immensen Zukunftsaufgaben willen gut tun, das offene Gespräch mit ihnen aufzunehmen und sie nicht ins Abseits zu drängen. Gleichzeitig machte Krusche deutlich, daß der Kirche die Rolle der „Schutzmantelmadonna“ für solche Gruppen nicht auf Dauer zugemutet werden kann.

Nach der ADN-Meldung über das Gespräch vom 3. März hat Erich Honecker gegenüber dem Kirchenbundvorsitzenden erklärt, die DDR betreibe keine Angelegenheiten der Kirche und dulde keine Diskriminierung christlicher Bürger. Zusagen bezüglich der von Landesbischof Leich vortragenen Wünsche und Vorschläge machte Honecker offenbar nicht. Man wird also weitere staatliche Signale abwarten müssen, etwa ob die zunächst zu- und dann wieder abgesetzten Gespräche zwischen Staat und Kirche über Bildungs- und Wehrdienstfragen in absehbarer Zeit stattfinden. ru

## Dämpfer

*Auch bei der CSU fängt es an zu bröckeln*

Ein verfrühtes politisches Frühlingsgewitter ist über den Freistaat Bayern oder vielmehr über seine vom Erfolg verwöhnte Regierungspartei niedergegangen. Bei den Teilkommunalwahlen am 6. März und bei einigen Stichwahlen am 20. März hat vor allem in einigen größeren Städten kräftig der Blitz eingeschlagen, aus Sicht der CSU jedenfalls. Die SPD dagegen hatte Anlaß zu Frühlingsempfinden. Weil die Bürger sich bei der Wahl ihrer Stadtoberhäupter nicht allein an

Parteipräferenzen, sondern ebenso an der Persönlichkeit des jeweiligen Bewerbers und an lokalen Interessen und Besonderheiten orientieren, gehorchen Kommunalwahlen eigenen Gesetzen. Insofern darf man ihre Aussagekraft für die politischen Kräfteverhältnisse insgesamt sicher nicht überschätzen. Wenn freilich eine halbe Million Wähler in 24 Städten und Gemeinden eines Bundeslandes gleichzeitig ihre Bürgermeister wählen und dabei ein allgemeiner Trend erkennbar wird, verdient das über den Wahltag hinaus Beachtung.

Der Wahltag in Bayern zeigte: Die Union oder zumindest ihre bayerische Ausgabe, die sich gern als Schwesterpartei bezeichnet und als Stiefschwester aufführt, *hat Schwierigkeiten in den Städten*. Bei 10 von 12 Oberbürgermeisterwahlen gab es für den CSU-Bewerber entweder eine Niederlage oder gegenüber der letzten Wahl empfindliche Verluste. Am schlimmsten erwischte es die CSU in Oberfranken: In Bayreuth unterlag der Bundestagsabgeordnete *Ortwin Lowack*, der nach dem Wunsch von Franz Josef Strauß seinen Platz im Bundestag für den CSU-Finanzexperten *Reinhold Kreile* hätte freimachen sollen, dem SPD-Kandidaten *Dieter Mronz*; in Hof, 18 Jahre von einem CSU-Oberbürgermeister regiert, setzte sich der SPD-Bewerber mit 60 Prozent klar durch; in Bamberg wurde der CSU-Bezirksvorsitzende *Paul Röhner* zwar wiedergewählt, rutschte aber von 75 auf 53,4 Prozent. In Landsberg und Lindau, wo es zu einer Stichwahl kam, waren die CSU-Bewerber bereits im ersten Wahlgang ausgeschieden. Im oberpfälzischen Weiden behauptete sich der amtierende CSU-Oberbürgermeister, jedoch mit einem Minus von fast 16 Prozent.

Bei allen lokalen, personellen und tagesaktuellen Unwägbarkeiten ist an diesem Ergebnis ablesbar, daß auch der CSU die Wahlsiege nicht mehr in den Schoß fallen. Dabei müßte es für die CSU ein Warnzeichen sein, daß sie diesmal im Unterschied zur CDU bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg nicht nur unter dem

*Hochburgen-Syndrom* zu leiden hatte. Sie konnte darüber hinaus nicht an gute Ergebnisse auf traditionell für die Union schwierigem Terrain anknüpfen, wie es sie in zurückliegenden Wahlgängen gegeben hatte. Der scheinbar so erfolgreiche Sonderstatus der CSU innerhalb der Union schlägt sich offenbar nicht mehr ohne weiteres in Wählerstimmen nieder.

Es hat sich bestätigt, was Wahlforscher seit langem sagen: Bezüglich Ablehnung und Zustimmung seitens der Wähler sind sich CDU und CSU viel näher, als es letztere wahrhaben will. Auch muß allmählich die Frage gestellt werden, ob die Rauflust in Richtung Bonn nicht nur CDU-Wähler, sondern auch Anhänger der CSU vergrault. Schließlich sind auch am Bild der Bonner Koalition die CSU und ihr Vorsitzender nicht unmaßgeblich beteiligt.

Zweierlei wird sich die CSU jetzt überlegen müssen: Ob nicht an die Stelle der Attitüde des Schul- und Zuchtmeisters der Teamgeist treten muß, wenn sich die Aussichten der gesamten Union wieder aufhellen sollen, und ob sie genügend darauf bedacht ist, daß eine Partei attraktive – und das heißt meist auch: couragierte und selbständige – politische Persönlichkeiten braucht, und zwar nicht nur im lokalen Bereich, wenn sie absolute Mehrheiten halten oder erringen will. Ein volkstümlicher Bürgermonarch mit Höflingen tut's auf die Dauer nicht. ko

## Grenzen

### *Prediger kandidieren für die US-Präsidentschaft*

Am Abend des „Super-Dienstags“ bei den Vorwahlen bzw. Parteiversammlungen zu den amerikanischen Präsidentschaftswahlen in 20 Bundesstaaten gehörten Prediger sowohl zu den Gewinnern als auch zu den Verlierern: Für den farbigen Baptisten *Jesse Jackson* war sein zweiter Platz nach dem Überraschungssieger *Albert Gore* und noch vor *Michael Dukakis* wie ein

Sieg. Auch wenn dieser Bürgerrechtsaktivist auch diesmal nicht ins Weiße Haus einziehen wird, ja nicht einmal offizieller Kandidat der Demokraten bei der Wahl im November wird. Mit den Wahlmännerstimmen, die er bislang auf sich vereinigen konnte, lag er am Abend des 6. März – und zwar keineswegs abgeschlagen – bei den Demokraten nach *Dukakis* und *Gore* an dritter Stelle, so daß er bei der endgültigen Kandidatennominierung durch seine Partei einiges mitzureden haben wird.

Schon wegen des hohen Bevölkerungsanteils der Schwarzen in den Südstaaten, in denen am 8. März der Schwerpunkt der Vorwahlen lag, war ein gutes Abschneiden von *Jackson* erwartet worden. Dasselbe galt jedoch auch – freilich auf andere Weise – für den republikanischen Predigerkollegen *Marion (Pat) Robertson*. Dieser verfügt im Süden der USA über einen erheblichen Rückhalt in der Bevölkerung. Bis zum Beginn seiner Wahlkampagne hatte er ein Predigeramt der „Southern Baptist Church“ inne, dem Inbegriff jener evangelikal und fundamentalistisch geprägten *Religion der Südstaaten*. Zu einer nationalen Figur wurde er durch das von ihm gegründete Fernsehsystem „Christian Broadcasting Network“ (CBN), einer jener „elektronischen Kirchen“, die zu einem bedeutenden politisch-gesellschaftlichen Faktor in den USA geworden sind.

Der Zeitpunkt für *Robertson*'s Kandidatur für das höchste politische Amt der USA war so schlecht nicht gewählt. Immerhin gehörte der von den Fernsehsystemen und Kommunikationskonzernen der „electronic church“ erreichte Teil der US-Bürger zum Rückgrat jener Reaganschen Revolution, die die Vereinigten Staaten in den letzten sieben Jahren von Grund auf verändern sollte. Von der Präsidentschaft *Ronald Reagans* erhoffte man sich einen Fortschritt im Kampf gegen das, was man als moralischen Niedergang und Folge eines falschen „säkularen Humanismus“ ansieht: das Verbot des Schulgebotes, die Liberalisierung der Abtreibungsgesetzgebung, die Zunahme der Zahl von Ehescheidungen und unehelich

geborenen Kindern, sexuelle Libertinage, Drogenmißbrauch, Pornographie, Kriminalität, Alkoholismus u. a. Sprachrohr dieser „Koalition der Unzufriedenen“ ist seit Jahren die von einem weiteren baptistischen Fernsehprediger, *Jerry Falwell*, gegründete „Moral Majority“.

Für diese Gruppen geht es bei der bevorstehenden Präsidentschaftswahl vor allem darum, das „Reagan gap“ mit einem Mann ihres Vertrauens zu füllen. Denn selbst wenn sie im Grunde unzufrieden sind mit dem, was *Reagan* in den von ihnen urgiereten Themen im Laufe seiner Amtszeit zu Wege gebracht hat, es gibt für sie keine Alternative. *Robertson* hätte für diesen Teil der Wählerschaft durchaus der richtige Mann sein können: Wenn sich da nicht als bislang aussichtsreichster Kandidat Vizepräsident *George Bush* als Verkörperung *reaganscher Kontinuität* anbieten würde.

Aber nicht nur eine Reihe unvorsichtiger politischer Äußerungen von *Robertson* scheinen so manche Anhänger der Republikaner davon überzeugt zu haben, daß das Erbe des jetzigen Präsidenten beim politischen *Profi Bush* besser aufgehoben ist. Seit langem zeigt die Szene der großen und erfolgreichen Fernsehprediger Krisenerscheinungen. Fernsehprediger der ersten Garnitur wie *Jim Bakker* und *Jimmy Swaggart* mußten ausgerechnet wegen Unregelmäßigkeiten in ihrem Sexualleben ihr Amt aufgeben bzw. büßten an Ansehen bei ihrer Anhängerschaft ein. Die Bäume der elektronischen Kirchen wachsen schon seit geraumer Zeit nicht mehr in den Himmel und folglich wird die Konkurrenz unerbittlicher. Außerdem nimmt seit längerem bereits die Zahl derjenigen zu, die bei aller Sympathie für die moralische Mission dieser Fernsehprediger vor einer allzu deutlichen Vermischung von Politik und Religion zurückschrecken.

Die Kandidatur von *Robertson* mutete zunächst als ein Beweis dafür an, wie stark dieser Typ von Religion in der US-Gesellschaft und wie groß ihr politischer Einfluß ist. In Wirklichkeit hat sie dessen Grenzen markiert. nt